

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: Artikel III-170 (ex-Artikel 20):

Déposée par Messieurs: Joachim Wuermeling, Peter Altmeier

Qualité:

suppléants

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
<p>(1) Zur Bekämpfung der schweren Kriminalität mit grenzüberschreitendem Bezug sowie illegaler Aktivitäten zum Nachteil der Interessen der Union kann durch ein Europäisches Gesetz des Rates eine Europäische Staatsanwaltschaft ausgehend von Eurojust eingesetzt werden. Der Rat beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.</p>	<p>(1) Zur Bekämpfung der schweren Kriminalität mit grenzüberschreitendem Bezug sowie illegaler Aktivitäten zum Nachteil der Interessen der Union kann durch ein Europäisches Gesetz des Rates eine Europäische Staatsanwaltschaft ausgehend von Eurojust eingesetzt werden. Der Rat beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.</p>
<p>(2) Die Europäische Staatsanwaltschaft ist – gegebenenfalls in Verbindung mit Europol – zuständig für Fahndung, strafrechtliche Verfolgung und Anklageerhebung in Bezug auf Personen, die als Täter oder Teilnehmer schwere Straftaten begangen haben, wenn letztere mehrere Mitgliedstaaten betreffen, oder Personen, die als Täter oder Teilnehmer Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union begangen haben, wie sie in dem Europäischen Gesetz nach Absatz 1 aufgeführt sind. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für die Erhebung der öffentlichen Anklage vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten wegen dieser Straftaten.</p>	<p>(2) Die Europäische Staatsanwaltschaft ist – gegebenenfalls in Verbindung mit Europol – zuständig für Fahndung, strafrechtliche Verfolgung und Anklageerhebung in Bezug auf Personen, die als Täter oder Teilnehmer schwere Straftaten begangen haben, wenn letztere mehrere Mitgliedstaaten betreffen, oder Personen, die als Täter oder Teilnehmer Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union oder gegen die Sicherheit der gemeinsamen Währung begangen haben, wie sie in dem Europäischen Gesetz nach Absatz 1 aufgeführt sind. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für die Erhebung der öffentlichen Anklage vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten wegen dieser Straftaten.</p>
<p>(3) Das in Absatz 1 genannte Europäische Gesetz legt die Satzung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Modalitäten für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die für ihre Tätigkeit geltenden Verfahrensvorschriften sowie die Regeln für die Zulässigkeit von Beweismitteln und für die gerichtliche Kon-</p>	<p>(3) Das in Absatz 1 genannte Europäische Gesetz legt die Satzung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Modalitäten für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die für ihre Tätigkeit geltenden Verfahrensvorschriften sowie die Regeln für die Zulässigkeit von Be-</p>

trolle der von der Europäischen Staatsanwaltschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommenen Prozesshandlungen fest.	weismitteln und für die gerichtliche Kontrolle der von der Europäischen Staatsanwaltschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommenen Prozesshandlungen fest.
---	---

Begründung:

Eine Zuständigkeit einer Europäischen Staatsanwaltschaft für jegliche schwere Kriminalität mit grenzüberschreitenden Bezügen ist kaum abgrenzbar und geht zu weit. Es ist beim derzeitigen Stand der Integration ausreichend, die Zuständigkeit auf den Schutz der finanziellen Interessen und der gemeinsamen Währung zu erstrecken.

Um Strafbarkeitslücken zu vermeiden, muss entsprechend der deutschen Fachsprache im Strafrecht statt des Begriffs "Mittäter" der Begriff "Teilnehmer" verwendet werden.